

## Kurzmeldungen

Eine tickende Zeitbombe sind zur Zeit die Erd- und Geröllmassen, die mit dem Ausbruch des **Pinatubu** in Bewegung gesetzt wurden. Etwa 25 größere Siedlungen im Umkreis von 30 Kilometern rund um den Vulkan sind akut gefährdet, unter Schlammmassen oder Geröll begraben zu werden. Bedrohlich wird das Problem bei größeren Regenfällen. Einen Stillstand der Bewegungen erwarten Wissenschaftler erst nach etwa fünf Regenzeiten. Das betrifft vor allem die Landwirtschaft, die sich in dieser Zeit kaum von ihrem jetzigen absoluten Stillstand erholen wird. Damit ist es auch unwahrscheinlich, daß die vielen Tausende von Flüchtlingen in absehbarer Zeit in der Vulkanregion wieder angesiedelt werden können. *vgl. FEER 19.9.91*

Der Schatten des Todes schwebt über den Kindern, die im sogenannten Gemüsegürtel der Provinz Benguet arbeiten. Nach Angaben des "Cordillera Environment Concerns Committee" sind durchschnittlich pro Jahr etwa 40 **Kinder und Erwachsene von starken Vergiftungen betroffen**, die durch den Einsatz von Pestiziden verursacht wurden. Pestizidvergiftungen sind nachweislich im Hospital von La Trinidad behandelt worden. Dieser Zustand existiert nach Zeitungsmeldungen bereits seit 1967. Der Durchschnitt der jährlichen Vergiftungen liegt danach bei 44 Fällen. Neuerdings hat auch die Universität von Baguio in einer Studie dargelegt, daß Kinder unter gefährlichen Vergiftungsgefahren im Gemüseanbau zu arbeiten haben. *vgl. PDI 23.8.91*

Das "Department of Health" hat die Warnung verstärkt, daß **Schellfisch**, der in der Bucht von Manila gefangen wird, **nicht zum Verzehr geeignet** ist. Die Bucht sei mit "toxic red tide organism" verseucht. *vgl. DG 6.9.91*

## Keine Veränderung der Lebensverhältnisse

Das Einkommen der Bevölkerung ist in den letzten Jahren (1987-90) nur um insgesamt 2,4 % gestiegen, weit entfernt von den Steigerungsraten in Indonesien (4 %) oder Thailands (9%). Die Gesellschaftsordnung selbst ist das größte Hindernis der Entwicklung, die der Wissenschaftler, Benedict Andersen (Yale-University), als "cacique democracy" bezeichnet oder der philippinische Politikwissenschaftler, Alexander Magno, "mafiosi democracy" nennt.

Der Aufbau von tragfähigen Parteien, wie die Wiederherstellung des Zweiparteiensystems vor der Verhängung des Kriegsrechtes durch Marcos im Jahre 72, ist während der Amtszeit von Corazon Aquinos nicht geleistet worden. Nach 1986 entstanden sehr viele Parteien, so daß die politische Struktur extrem undurchsichtig geworden ist. Deutlich zeigt sich diese Entwicklung daran, daß beinahe jeder Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Mai '92 eine eigene Partei gegründet hat.

Trotzdem haben sich in der philippinischen Gesellschaft Veränderungen von großer Tragweite ergeben, die jedoch nicht auf geplante Refor-

men zurückzuführen sind. So haben z.B. fast alle Familien Angehörige im Ausland, die Geld in die Heimat schicken, wodurch der Lebensstandard der Familien erhöht und die alten feudalen Strukturen aufgeweicht werden, Strukturen, die sich vor allem in ländlichen Gegenden im Verhältnis zwischen Landarbeiter und Grundbesitzer über Jahrhunderte gehalten haben. Dazu kommt noch eine größere Informationsmöglichkeit der Filipinos. Inzwischen haben rund 78 % der Haushalte ein Radio und 40 % ein Fernsehgerät. *vgl. FEER, 5.9.91*

## Die städtischen Armen

Die städtische Armut wird immer mehr zum Problem des Landes und läßt sich nicht mehr einfach verstecken. Die Rede ist von den städtischen Obdachlosen, die inzwischen in Manila und allen größeren Provinzstädten auftauchen. Die Ärmsten schlafen in Pappkartons oder notdürftig vor der Witterung geschützt unter Brücken, die "Reicheren" leben als Squatter und bauen auf eigene Faust irgendwo eine Hütte.

Allein in Metro-Manila gibt es derzeit mehr als 3,2 Millionen Squatter. Das sind doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Die städtische Bevölkerung steigt pro Jahr um etwa 6 %, die Hälfte kommt vom

Land. Etwa 240 000 Neuankommlinge gibt es pro Jahr in Manila. Die Stadt ist trotz zunehmender Armut ein großer Magnet für die ländlichen Armen. In Manila leben etwa 32 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, auf dem Land sind es 52 %. 30 % leben am Existenzminimum. Damit ist die Stadt immer noch besser gestellt als das Land.

Die Regierung hat inzwischen erkannt, daß eine einfache zwangsweise Umsiedlung, wie sie in der Vergangenheit durchgeführt wurde, keine Lösung ist. Neben den alten traditionellen Vierteln, wie Tondo oder Smoky Mountain, entstehen überall immer mehr Squatter-Siedlungen in der Stadt. Die Einwohner organisieren sich, bauen eine eigene Infrastruktur mit Strom und Wasser auf und gründen Schulen. Nach dem "Housing and Urban Development Coordinating Council" soll es ähnlich wie bei der ländlichen Landreform auch in der Stadt eine Umverteilung an Bodeneigentum geben. Squatter sollen die Möglichkeit haben mit 30 000 Pesos ein Stück Land zu kaufen. Das Geld wird über Kredite beschafft, die mit einer jährlichen Zinsbelastung von 6 % innerhalb von 25 Jahren zurückgezahlt werden sollen. *vgl. FEER 17.10.91*



Städtisches Armenviertel

Foto: Andreas König

## Friedensprozeß

General Lisandro Abadia, Chef der Streitkräfte, und der Sprecher des Parlaments, Ramon Mitra bemühen sich derzeit offenbar intensiv, mit den Rebellen der "Reform the Armed Forces Movement (RAM) einen Friedensprozess einzuleiten. Die RAM ist für den bisher blutigsten Putschversuch gegen die Regierung Aquino im Dezember 1989 verantwortlich. Forderungen der Gruppe sind unter anderem eine bessere Durchstrukturierung der Armee, um die linksgerichtete Guerillaorganisation der "New People's Army" (NPA) effektiver bekämpfen zu können. Dabei sollen die Streitkräfte auch von der allgegenwärtigen Vetterwirtschaft bereinigt werden. Eine weitere Forderung ist eine konsequente Sozialpolitik, um den revolutionären Forderungen der Linken entgegenzuwirken.

Mitra und Abadia trafen bei ihren Gesprächen mit Gregorio "Gringo" Honasan, dem Anführer des '89er Putschversuches zusammen. Bei dem Treffen waren auch zwei Mitglieder des RAM-Exekutivkomitees Domingo Calajate und Felix "Boy" Turigan zugegen.

Mitra versicherte jedoch der Presse, er habe Honasan gegenüber keine Zugeständnisse gemacht und ihm auch keine Amnestie versprochen. Er könne nur seine Unterstützung im Friedensprozess anbieten.

Ungleich schwieriger gestalten sich zur Zeit die Versuche der Regierung, auch mit der NPA Friedensgespräche zu führen. In den letzten Monaten trafen sich der Chef des Armee Geheimdienstes Brigadegeneral Alfredo Filler und der Stabschef der Philippinischen Nationalpolizei, General Gerardo Flores wenigstens zweimal mit dem Führer der "National Demokratischen Front" (NDF) Luis Jalandoni in Hongkong. Die Armee und Polizei gehen derzeit aber davon aus, daß die Struktur der NPA zerbricht, da in den letzten drei Jahren viele herausragende Mitglieder der Untergrundorganisationen verhaftet wurden. Unter ihnen der militärische Führer Romulo Kintanar.

vgl. AW 11.10.; FEER 24.10.91

## US-Stützpunkte

Das Drama um die amerikanischen Militärstützpunkte in den Philippinen scheint nun zumindest vorläufig ein Ende gefunden zu haben. Der Senat und Präsidentin Aquino haben sich auf einen Kompromiß geeinigt: Die Amerikaner sollen innerhalb von zwei bis drei Jahren das Land verlassen. Das Problem ist nach Ansicht von Experten aber, daß kein klarer Zeitplan für den Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte erlassen wurde.

Vor einigen Monaten hatte Aquino im Streit um die Zukunft der Basen noch verlangt, der Vertrag mit den Amerikanern über die Stützpunkte Subic Bay und Clark müßte verlängert werden. Das Problem Clark wurde der Regierung dadurch abgenommen, daß beim Ausbruch des Vulkans Pinatubu die Einrichtungen der US-Armee weitgehend unbrauchbar gemacht wurden. Die amerikanischen Truppen haben den Flugplatz inzwischen geräumt.

Im Fall von Subic, nördlich von Manila, hatte zwar das Repräsentantenhaus einem Bleiben der Amerikaner zugestimmt, der Senat verweigerte aber die Annahme eines entsprechenden Gesetzentwurfes. Aquino drohte daraufhin, "Peoples Power" erneut zu aktivieren, um ein Stützpunktabkommen durchzusetzen. Die Präsidentin ging davon aus, daß die Mehrheit der Bevölkerung vor allem aus wirtschaftlichen Gründen ein Verbleiben der Amerikaner in Land begrüßen würde. Aquino wollte dazu eine Volksabstimmung durchführen lassen, die laut Präsidentin möglich sei. Dagegen gab es nicht nur Widerstand von Juristen, die klar machten, daß Volksabstimmungen nur zu innenpolitischen Fragen zugelassen wären, sondern auch von Beratern der Präsidentin, die sie davor warnten, da die Stimmung unter der Bevölkerung nicht mehr eindeutig für ein Bleiben der Amerikaner sei.

Inzwischen ist auch die Präsidentin umgeschwenkt, indem sie mit dem Senat einen Kompromiß schloß, nach dem die Amerikaner das Land in den nächsten drei Jahren verlassen sollen.

Zusätzlich hat Aquino den dynamischen Jungmanager, Pete Nicomedes Prado, be-

auftragt, einen Konversionsplan auszuarbeiten, um aus dem Marinestützpunkt der Amerikaner einen modernen Containerhafen und einen Standplatz für Reperaturwerken zu machen. Prado ist derzeit Minister für Transport und Verkehr im Kabinett Aquino und seine Leitsprüche sind "it's easy" und "can do".

Inzwischen wurden auch Pläne der Amerikaner bekannt, die Basen aufzugeben. Der Hafen in den Philippinen sei zu teuer, war aus amerikanischen Quellen zu hören. Zudem habe man in Yokosuka in der Tokio Bay einen großen Stützpunkt zu günstigeren Bedingungen. Auch könnten die Marineanlagen auf der amerikanischen Pazifikinsel Guam erweitert werden.

vgl. AW 1.10. u. 27.10.; FEER, 5.9., 26.9., 3.10., 17.10.; FR, 29.8.91

## Marcos-Geld

Von den schweizer Behörden wurden der philippinischen Regierung nun Unterlagen über die Konten des früheren Präsidenten Ferdinand Marcos in Zürich übergeben. Die Unterlagen sollen beweisen, so Pressemeldungen, daß auch die ehemalige First Lady Imelda Marcos tief in die finanziellen Transaktionen ihres Mannes verwickelt war. Dies gewinnt um so mehr an Bedeutung, da Imelda, die inzwischen wieder in die Philippinen zurückgekehrt ist, vor Gericht gestellt werden soll.

vgl. FEER 17.10.91

## Arbeitslosigkeit

216.000 Zuckerarbeiter werden ihre Stellen verlieren und weitere 1,2 Millionen sind indirekt betroffen, das meldete Arbeitsminister Ruben Torres. Als Grund gab er an, daß die USA ihre Garantieabnahmerate für Zucker in diesem Jahr um 38 % gekürzt hätten. Besonders betroffen seien davon die Zuckerarbeiter auf Negros, Iloilo, Süd- sowie Zentralluzon.

Laut Torres hat sich die allgemeine landesweite Arbeitslosenrate in diesem Jahr im Vergleich zu 1990 nahezu verdoppelt. 1990 lag die Rate noch bei 8,97 %, in diesem Jahr soll die Arbeitslosenrate zwischen 15 und 18 % liegen.

vgl. M.C 18.9. u. 26.9.91

## Kurzmeldungen

Die **Gesamtinvestitionen** in den Philippinen sind im Vergleich zum Vorjahr bis Juli um etwa 25 % **gestiegen**. Im gleichen Zeitraum fiel aber die Anzahl der Projekte, in die diese Mittel flossen, um 368 auf nun 1315 Vorhaben. Damit wird klar, daß kapitalintensive Projekte zur Zeit bevorzugt werden. Arbeitsintensive Investitionen, die eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen ermöglichen könnten, treten in den Hintergrund. vgl. MC 16.8.91)

Dr. Modesto Recel vom Büro für "Soil and Water Management" befürchtet, daß **durch** die Form der expandierenden **Industrialisierung** unverhältnismäßig viel **Ackerboden verloren** geht. Dadurch wäre im landwirtschaftlichen Bereich mit großen Produktionseinbußen zu rechnen. Recel beklagt, daß es keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen zum Schutz von Agrarland gebe. vgl. PDI 8.9.91

Es klingt wie in einem schlechten Spionage-Thriller. Der in Alabama geborene Jack Terrell behauptet, er wäre **beauftragt** worden, sechs der führenden **Mitglieder der RAM zu töten**. Als Auftraggeber gibt Terrell den philippinischen Außenminister Raul Manglapus an. Als Beweis soll ein Tonband gelten, auf dem ein 20-minütiges Gespräch zwischen Terrell und dem Außenminister festgehalten sein soll. vgl. FEER, 31.10.91

Das Repräsentantenhaus hat mit überwältigender Mehrheit in dritter Lesung ein Gesetz verabschiedet, daß **Rauchen** in allen öffentlichen Gebäuden und in öffentlichen Verkehrsmitteln **unter Strafe** stellt. Verstöße können mit Geldstrafen von 300 bis 1000 Pesos oder mit Freiheitsentzug von drei bis sieben Tage geahndet werden. vgl. DG 17.8.91